

# Grüne Seiten

Zeitung von Bündnis 90/Die Grünen  
Grafrath/Kottgeisering



Ausgabe September 2013

Klosterwirt Grafrath: Mehrheit im Gemeinderat will Mammut-Projekt der Real-Treuhand durchziehen -

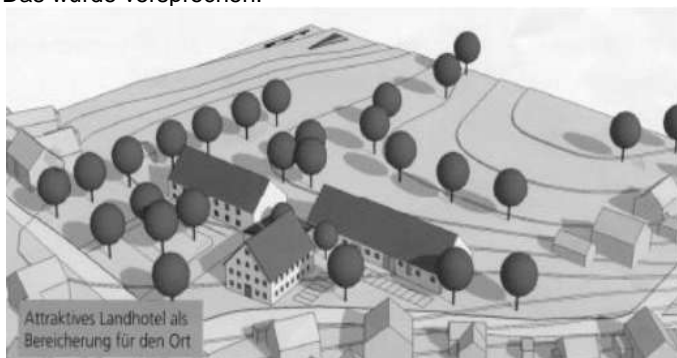
## Bürgerbegehren für alternative Lösungen mit weniger Baufläche

Seit kurzem werden von Grafrather Bürgerinnen und Bürgern Unterschriften gesammelt für ein Bürgerbegehren mit folgendem Text:

*„Sind Sie dafür, dass die Gemeinde Grafrath den in Aufstellung befindlichen Bebauungsplan ‚Am Klosterwirt‘ und die durch diesen veranlasste 10. Änderung des Flächennutzungsplans nicht weiter verfolgt und stattdessen alternative Lösungsvorschläge einholt, mit dem Ziel, innerhalb eines kleineren Baugebiets – ehemaliger Wirtsgärten plus maximal 11.400 qm südlich davon – eine ortsplanerisch verträgliche, deutlich sozial ausgerichtete Nutzung zu finden?“*

Damit soll das Konzept der Real-Treuhand gestoppt werden, das eine zusätzliche Baufläche um den Klosterwirt von 21.200 qm vorsieht. So schreiben die InitiatorenInnen des Begehrens:

Das wurde versprochen:



2008: Vorschlag "Einigkeit"

"Es ist doch vollkommen widersinnig, jetzt eine um 44 % größere Erweiterung anzustreben, wenn in einem früheren Bürgerentscheid ein flächenmäßig viel kleineres Baugebiet bereits als 'zu viel, zu dicht, zu hoch' abgelehnt worden ist."

Seit einem halben Jahr wird über den Bebauungsplan Klosterwirt in Bauausschuss und Gemeinderat diskutiert. Unter anderem galt es, Einwände und Änderungsvorschläge von 338 BürgerInnen zu behandeln.

Was bisher als Ergebnis heraus kam, lässt sich in wenigen Sätzen zusammenfassen:

**Der Investor Real-Treuhand präsentiert dem Gemeinderat ein Sammelsurium von Wohnbauten und Garagen. Die Baufläche ist noch größer als ein Vorgänger-Modell, das wegen seiner Größe auf**

Das wurde geliefert:



2012: Zustimmung zur großen Klötzchen-Planung

**Kritik stieß, jedoch soziale Belange als gemeinnütziger Verein berücksichtigte. Über die zukünftige Nutzung des Klosterwirt-Gebäudes bekommen die BürgerInnen bisher keine klaren Aussagen. Eine Sanierung des denkmalgeschützten Stadels wird nicht in Angriff genommen.**

So war es dann auch nicht verwunderlich, dass die wichtigsten berechtigten Kritikpunkte der Bürger-Einwendungen am vorgelegten Entwurf von einer Mehrheit aus CSU, "Einigkeit" und den 2 Damen der neugegründeten Frauenliste\* konsequent abgeschmettert wurden:

- Die überdimensionierte Größe des Baugebietes mit einem Sammelsurium aus Reihen-, Doppel- und Einfamilienhäusern und fast 100 Autostellplätzen und Garagen
- Die unsensible Bebauung neben dem Klosterwirt mit drei dreigeschossigen Flachdach-Klötzen.
- Eine massive Bebauung, selbst am Ortsrand
- Für das Ortsbild untypische Dachneigungen und Flachdächer
- Kein Spielplatz
- Fehlende Einrichtungen zur Kinderbetreuung oder für ältere Menschen
- Kein günstiges Bauland oder Wohnraum z.B. für Geringverdiener

Das ganze Projekt besteht seit Jahren aus vielen Merkwürdigkeiten:

Bei einem Bürgerentscheid im Jahr 2008 fand der vorgelegte Entwurf zum Erhalt des Klosterwirts mit angrenzender Wohnbebauung für jung und alt keine Mehrheit, weil die Bebauung als zu groß und zu dicht kritisiert wurde. Der nun von der Real-Treuhand vorgelegte Entwurf sieht jedoch nicht etwa weniger Bebauung vor, sondern erhöhte nochmals die Baufläche um weitere 6.000 qm !

Üblich ist es, dass vor Aufstellung eines Bebauungsplans im Vorhinein ein städtebaulicher Vertrag geschlossen wird, in welchem sich der Investor zu wichtigen Leistungen verpflichtet. Dies wurde von der CSU abgelehnt. So bekommt der Investor erst mal sein großzügiges Baurecht und hat dann natürlich kein Interesse mehr an einem Beitrag zur Infrastruktur, z.B. Kinderbetreuung.

Damit für die Real-Treuhand nichts schief läuft, wurde von der Mehrheit aus CSU und "Einigkeit" auch noch festgelegt, dass der gemeindliche Bebauungsplan vom

Architekten der RealTreuhand aufgestellt wird. Eine Diskussion über alternative Planungen wurden erst gar nicht zugelassen.

Kompromiss-Vorschläge werden von Investor, CSU und "Einigkeit" konsequent abgelehnt!

Die von den GRÜNEN, der SPD und den Bürgern für Grafrath bisher gestellten Kompromiss-Anträge wurden alle abgelehnt:

- Durchführung eines Architekten-Wettbewerbs, um eine ansprechende Lösung für das Klosterwirt-Areal zu bekommen.
- Reduzierung des Baugebietes um 6.000 qm
- Reduzierung der Baudichte am Ortsrand
- Verlagerung eines Großteils der oberirdischen Garagen in Tiefgaragen

Der Unmut in der Bürgerschaft ist groß ...

Ein Investor, der nicht einmal zu Bürgerversammlungen erscheint, nicht einmal darlegt, warum er solch massive Bebauung wünscht und letztendlich bis heute noch keinerlei Zusagen über die Zukunft des Klosterwirts macht, nährt das Misstrauen, dass hier jemand zu Lasten der Gemeinde und der Allgemeinheit seinen Profit macht.

Eine Mehrheit aus CSU, "Einigkeit" und Frauenliste \*, die konsequent jede Kritik am Bebauungsplan-Entwurf abschmettert, muss sich immer öfter die Frage gefallen lassen, ob sie noch die Interessen der Gemeinde oder in erster Linie die Interessen des Investors vertritt.

**Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass sich erneut Bürgerinnen und Bürger für einen Bürgerentscheid stark machen. Ihr Motto: Wir brauchen eine alternative Lösung, um das Erscheinungsbild des Klosterwirts zu erhalten und mit maßvoller - der Ortslage angepasster - Bebauung ein Zeichen zu setzen. Wir unterstützen dieses Bürgergehren.**

\* Anmerkung: Zwei weibliche Gemeinderatsmitglieder der Liste 'Bürger für Grafrath' haben sich inhaltlich weitgehend umorientiert: Sie stimmen im Gemeinderat zum Thema 'Klosterwirt' durchgehend mit der CSU und streben jetzt an, mit der neu gegründeten 'Frauenliste' wieder in den Gemeinderat zu kommen.



# Kottgeisering: Ein großes Vorhaben - Energiewende!



Als im Herbst 2012 in Kottgeisering der Bau einer Photovoltaik (PV) Freiflächenanlage auf Kottgeiseringer Flur beantragt wurde, begannen einige Kottgeiseringer BürgerInnen, an eine Energiewende zu glauben. Leider lehnte der Gemeinderat mit einer knappen Mehrheit den Bau dieser Anlage ab.

Die Gemeinderäte Helma Dreher, Dieter Eder und Peter Woderschek gründeten daraufhin den 'Arbeitskreis Energiewende Kottgeisering' mit dem Ziel, andere Möglichkeiten der Stromerzeugung mit regenerativen Energien für Kottgeisering zu finden. Die Veröffentlichung eines "Integrierten Klimaschutzkonzeptes" für den Landkreis war ein Signal für einige Bewegung im Landkreis hinsichtlich Energiewende.

Die wichtigsten Themen im Arbeitskreises waren

- die Energieeinsparung
- aus den gesamten regenerativen Energiequellen die effizientesten für Kottgeisering zu finden und umzusetzen
- geeignete Dachflächen für private Photovoltaik (PV) Anlagen zu suchen
- die Durchführung eines Energiesparwettbewerbes
- die Aktion Heizpumpen auswechseln

Durch eine rechtzeitige Anmeldung beim Amt für ländliche Entwicklung kam Kottgeisering als eine von 15 Gemeinden in Bayern in den Genuss, Fördergelder für die Planung eines Energiekonzeptes für Kottgeisering zu bekommen. Das ermöglichte dem AK über eine

Ausschreibung ein geeignetes Planungsbüro zu finden und ein Energiekonzept in Auftrag zu geben.

Die Ziele dieses Energiekonzeptes sind

- Bewusstseinsbildung: JedE BürgerIn trägt Verantwortung.
- Aktivität: Strukturen entstehen, Projekte werden entwickelt und umgesetzt.
- Werbung: Das Thema findet Eingang in die alltäglichen Gespräche.
- Klimaschutz: Alternativen zur Atomkraft und fossilen Verbrennung sind vorhanden, also werden wir sie auch nutzen.

Der Projektfahrplan des Energiekonzeptes Kottgeisering sieht vor, dass an zwei Tagen eine Energiewerkstatt durchgeführt wird. Hier haben die BürgerInnen die Gelegenheit, aktiv am Energiekonzept und der Umsetzung mitzuarbeiten.

## Windenergie für Kottgeisering

Im AK Energiewende Kottgeisering wurde ebenso die Möglichkeit der Energieerzeugung durch Windkraft besprochen. Am 2. Oktober 2012 fand eine erste Informationsveranstaltung zum Thema Windkraft im Landkreis Fürstentum statt. Hier wurden erste Weichen gestellt. Durch den Beschluss des Gemeinderats Kottgeisering zur Teilnahme an einem interkommunalen Teilflächennutzungsplan für den Landkreis FFB, entwickelte sich aus dem 'Arbeitskreis Energiewende Kottgeisering' eine Gruppe von BürgerInnen, die großes Interesse an der Windenergie haben. Der interkommunale Teilflächennutzungsplan legt die Konzentrationsflächen für mögliche Flächen fest, auf die Windkraftträder gestellt werden können. Das Standortkonzept des Landkreises und auch erste Mess-Ergebnisse einer Windpotentialanalyse haben gute Voraussetzungen zum Bau von Windkraftanlagen in Kottgeisering ergeben.

Von Anfang an wurden die BürgerInnen umfangreich über das Vorhaben informiert. Trotzdem konnte nicht ganz verhindert werden, dass auch die Windkraft auf GegnerInnen traf, die große Angst davor haben, dass es zu einer Beeinträchtigung durch Windräder, wie ei-

ner möglichen Lärmbelästigung oder Schattenwurf kommen könnte.

Bei einer Gegenüberstellung von Windkraftträgern zu den bisherigen Möglichkeiten der Energieerzeugung kommt die Windkraft gut weg:

- Wenn die Rotoren mindestens 800 m von der Wohnbebauung entfernt aufgestellt werden, kann man die heutigen Windräder nicht mehr hören.
- Im Gegensatz zu konventionellen Kohlekraftwerken kann man sie auch nicht riechen.
- Sie brauchen auch keine so großen Flächen wie Maisäcker für Biogasanlagen.

- Sie bergen kein Unfallrisiko, das ganze Landstriche unbewohnbar machen könnte und strahlender Müll fällt auch nicht an.
- Sie verbrauchen keine fossilen Ressourcen.
- Sie können rückstandsfrei zurückgebaut werden, wobei die Einzelteile auch noch vollständig wiederverwertet werden können.
- Windräder werden langfristig den Strompreis begrenzen statt in die Höhe treiben.
- Bei der Störung des Landschaftsbildes können wir wählen zwischen den Windrädern, die den Strom bei uns erzeugen oder Strommasten die den Strom quer durch die Republik zu uns transportieren. Stromtrassen pflügen große Schneisen in die Landschaft, vom Elektrosmog ganz zu schweigen.

## Kottgeiseringer Bürgerwind

Mittlerweile hat sich eine Gruppe von Kottgeiseringer BürgerInnen gefunden, die das notwendige Risikokapital aufbringen, um das Bürgerwind Projekt mit drei Windrädern nördlich von Kottgeisering im Waldgebiet umzusetzen. Bürgerbeteiligung ist hier nicht nur eine Namensgebung. Die Planung sieht vor, das Projekt ganz in der Hand der BürgerInnen zu geben. Das Eigenkapital kommt von den BürgerInnen vor Ort und aus der Region, die Betreibergesellschaft hat den Sitz in Kottgeisering, was die Gewerbesteuer zu 100 % im Ort hält, die Gesellschaft wird von den beteiligten BürgerInnen kontrolliert. Alle Entscheidungen werden von den beteiligten BürgerInnen als EigentümerInnen getroffen.

Das Risikokapital ist notwendig für die Vorplanung des Projektes:

- für die Flächensicherung
- die Standortanalyse
- genaue Windmessungen über einen längeren Zeitraum

- Prüfung der Naturschutzbestimmungen
- Verhandlungen mit dem Bundesluftfahrtamt
- und weitere notwendigen Gutachten und Genehmigungen sind darin enthalten.

Wenn diese Schritte abgeschlossen sind, geht es ins Genehmigungsverfahren. Nachdem alles nochmals genau von den zuständigen Behörden geprüft wurde, gibt es eine Baugenehmigung. Im nächsten Schritt können sich nun die BürgerInnen von Kottgeisering und den Nachbargemeinden beteiligen. Nun werden auch Kredite aufgenommen und das Projekt kann in die Umsetzungsphase gehen.

Die Energiewende - ob in Kottgeisering oder anderswo - macht sich nicht von selbst. Da muss jedE einzelne etwas dazu tun. Aber jetzt haben wir noch die Möglichkeit selbst zu gestalten, wo es hinführen soll!



# Flüchtlinge unter uns: Asyl – ein Menschenrecht

Seit November letzten Jahres leben in Grafrath wieder mehrere Flüchtlingsfamilien. Sie kommen alle aus Syrien. Sie sind vor dem Bürgerkrieg in ihrer Heimat geflohen, sie haben in permanenter Angst um ihr Leben und das ihrer Angehörigen gelebt und eine gefährvolle Flucht durchgestanden, in der Hoffnung auf ein sicheres und menschenwürdiges Leben im Asyl. Inzwischen leben über 30 Flüchtlinge auf zwei Häuser verteilt in Grafrath, mehrere Kinder besuchen die Grafrather Schule. Diese positive Situation ist keineswegs selbstverständlich, sondern ist einer Gruppe von Grafrather Bürgerinnen und Bürgern zu verdanken, die sich zu einem Helferkreis zusammengeschlossen haben und die Asylsuchenden in vielerlei Hinsicht unterstützen. Die HelferInnen begleiten Flüchtlinge auf Behörden und zu Ärzten, sprechen mit der Schule und bieten kostenfreie Deutschkurse und Hausaufgabenhilfe an. Für die Wohnungen werden nötige Möbel und Haushaltsgegenstände gespendet. Alle Familien haben Ansprechpartner im Helferkreis und damit oft den ersten Kontakt zur deutschen Bevölkerung.

## Bayerische Asylpolitik – eine Politik der Ausgrenzung

Leider ist die Situation für die meisten AsylbewerberInnen in Bayern weitaus schlechter. Nicht erst seit dem Hungerstreik der Flüchtlinge in München gibt es Proteste gegen die bayerische Asylpolitik, schon 2012 kam es in Würzburg zu Protesten. Die Flüchtlinge protestieren gegen die Unterbringung in oftmals maroden und abgelegenen Gemeinschaftsunterkünften, gegen die demütigende und entmündigende Versorgung mit Essenspaketen, gegen die Beschränkung ihrer Bewegungsfreiheit durch die Residenzpflicht, gegen Ausbildungs- und Arbeitsverbote. Durch diese restriktiven Vorgaben werden die Asylsuchenden gezielt ausgegrenzt; hier zeigt sich, dass die bayerische Flüchtlingspolitik noch immer geprägt ist von Misstrauen und Bevormundung. Denn im Gegensatz zu fast allen anderen Bundesländern hält Bayern an dieser menschenverachtenden Politik fest, die eine Politik der Ausgrenzung ist, die klar zeigt, dass Integration der Flüchtlinge in Bayern grundsätzlich nicht erwünscht ist. Im Juli 2012 hat das Bundesverfassungsgericht in einem Urteil zum Asylbewerberleistungsgesetz bekräftigt, dass alle Hilfebedürftigen, unabhängig von Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsstatus, ein Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum haben; dies bedeutet ein Mindestmaß an gesellschaftlicher und kultureller Teilhabe. Diesem Anspruch wird die bayerische Asylpolitik nicht gerecht. Noch vor 4



Jahren hat der bayerische Innenminister Herrmann verhindert, einen umstrittenen Passus in der Asyl-durchführungsverordnung zu streichen, wonach die Art der Unterbringung die „Rückkehrbereitschaft in die Heimatländer fördern“ soll. Vor wenigen Tagen wurde auf öffentlichen Druck dieser Passus gestrichen. An der Unterbringungssituation der Flüchtlinge ändert dies jedoch nichts.

## Flüchtlingssituation in Bayern

Seit dem enormen Anstieg der Flüchtlingszahlen in den letzten beiden Jahren verschlechterten sich die Wohnsituation und die Betreuung der AsylbewerberInnen nochmals rapide. Die Wohnheime sind überfüllt, das Personal überlastet. Containerwohnungen liegen meist abgelegen und isolieren die BewohnerInnen. Inzwischen werden Turnhallen für die Unterbringung vorbereitet. Die Bearbeitungen der Asylanträge dauern bis zu 3 Jahre. In dieser Zeit des Wartens sind AsylbewerberInnen in der Regel verpflichtet in einer Massenunterkunft zu leben, das heißt drangvolle Enge und keine Privatsphäre. Die medizinische Versorgung ist stark eingeschränkt. Für AsylbewerberInnen besteht im ersten Jahr ein generelles Arbeitsverbot. Danach



dürfen die Flüchtlinge weitere 3 Jahre nur mit Erlaubnis der Arbeitsagentur eine Tätigkeit aufnehmen, da diese überprüft (Vorrangigkeitsprüfung), ob nicht ein EU-BürgerIn für die Arbeit bereitsteht. In der Regel dauern diese Prüfungen 3 Wochen und werden häufig abgelehnt. Kaum ein ArbeitgeberIn ist bereit so lange zu warten, was die Arbeitssuche für AsylbewerberInnen erheblich erschwert.

Viele der Asylsuchenden, die eine Flucht bis in unser Land geschafft haben, mussten schreckliche Erfahrungen machen, sei es durch Kriegserlebnisse in der Heimat, Bedrohungen und Misshandlungen, gewaltsame Trennung der Familie und durch die oft lebensgefährlichen Fluchterlebnisse (2012 haben mehr als 1500 Menschen auf der Flucht im Mittelmeer ihr Leben verloren). Viele von ihnen sind traumatisiert. Sie alle erhoffen sich eine menschenwürdige Zukunft. Viele würden sofort in ihre Heimat zurückkehren, wenn es dort keine Bedrohung mehr gäbe. Sie alle haben Angst davor, gerade dorthin wieder abgeschoben zu werden. In Deutschland leben 87.000 Menschen mit Aufenthaltsbefristung. Diese Situation, Leben auf Abruf, belastet die Flüchtlinge enorm. Eine Rückkehr in die Heimat ist für fast alle undenkbar. Immer droht die Abschiebung und somit ist eine solide Lebensplanung äußerst schwierig. Ausbildung, Arbeitsstelle und Wohnung ist bei Befristung des Aufenthalts kaum zu finden.

Im Jahre 2012 hat das Bundesamt für Migration über mehr als 60 000 Asylanträge entschieden. Nur 0,9 % bekamen eine Anerkennung als Asylberechtigte, 32% bekamen keine Anerkennung, aber befristeten Flüchtlingsschutz und Abschiebeverbote. Schnell abgeschoben wurden Flüchtlinge aus Serbien und Mazedonien (meist Roma) die mittels pauschaler Ablehnungsschnellverfahren sofort abgeschoben wurden. AsylbewerberInnen aus Afghanistan, Irak, Syrien und Soma-

lia warten oft zwei Jahre und länger auf die Entscheidung. Zudem können Flüchtlinge in andere EU-Staaten abgeschoben werden, da sie im Ersteinreiseland ihren Asylantrag stellen müssen.

## Grüne Asylpolitik fordert Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben in Bayern

### Teilhabe statt Ausgrenzung heißt

- Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes
- Uneingeschränkter Zugang zum Arbeitsmarkt
- Abschaffung der Residenzpflicht
- Großzügige Aufenthaltserlaubnis
- Abschaffung der Abschiebehaft

Unsere „neuen MitbürgerInnen“ in Grafrath haben denkbar günstige Bedingungen, wenngleich auch sie mit Traumatisierung und Alltagsproblemen konfrontiert sind. Bürgerliches Engagement hilft hier weiter und ist für die Helfenden eine Bereicherung durch neue Erfahrungen und Begegnungen.

Keinesfalls darf sich die Politik auf ehrenamtliche Arbeit verlassen. Im Landkreis FFB leben fast 400 AsylbewerberInnen, die meisten mit minimaler Betreuung in Massenunterkünften. Die Menschen benötigen dringend professionelle Hilfe, um eine Integrationschance in unserem Land zu bekommen.

## Keine Entscheidung ohne die Vereinten Nationen

Ein Einsatz von Giftgas in Syrien darf nicht ohne Konsequenzen bleiben. Ein militärischer Eingriff würde jedoch mehr schaden als nützen. Die Grünen setzen stattdessen auf eine politische Lösung im Rahmen der Vereinten Nationen.



# Lebensraum mit Nahversorgung statt Supermarkt XXL



Heutiger Blick auf das Damiangrundstück von der Hauptstraße.



Diese bombastische Bebauung wurde dem Bauausschuss am 29. Juli vorgestellt.



**Das vom Investor beauftragte Architekturbüro Schulze & Partner hat uns per Abmahnung durch die Anwaltskanzlei Mosler & Partner untersagt, die Visualisierung der Planung, wie sie als Beschlussvorlage in die Bauausschusssitzung des Grafrather Gemeinderats am 29.7. 2013 eingebracht wurde, weiterhin zu veröffentlichen!**

Einige GrafraterInnen mögen denken: "Eine weitere Einkaufsmöglichkeit im Ortszentrum wäre zu begrüßen. Wenn sich dadurch zudem eine Autofahrt zum Wochenendeinkauf nach Fürstenfeldbruck einsparen ließe, wäre das auch ein Beitrag zum Klimaschutz."

aber ...

Laut einer Grafrather Umfrage im Jahr 2008 meinten von 323 BürgerInnen, ein weiterer Supermarkt sei

- |   |     |   |
|---|-----|---|
| • dringend erforderlich:<br>BürgerInnen | 84  | Als wünschenswert wurden in der Umfrage ein Cafe oder eine Eisdiele, ein Discounter, ein Feinkost, Obst- oder Gemüsegeschäft, ein Textil- oder Schuhgeschäft genannt. |
| • wünschenswert:<br>BürgerInnen         | 83  |   |
| • überflüssig:<br>BürgerInnen           | 156 |   |

## Planung an den Wünschen der GrafratherInnen vorbei ...

Die jetzt vorliegende Planung geht eindeutig an diesen Wünschen vorbei: Ein bombastisches Gebäude mit 1546 qm Verkaufsfläche, dazu Arztpraxen und Wohnungen im ersten, bzw. zweiten Stock soll nach dem Willen der Mehrheit im Grafrather Bauausschuss demnächst in der Grafrather Ortsmitte entstehen.

Die geplante Größe liegt weit über der heute zulässigen Verkaufsfläche von 800 qm. Selbst der neue wirtschaftsliberale Landesentwicklungsplan, der derzeit den Kommunen zur Stellungnahme vorliegt, setzt für Orte unserer Größe höchstens eine zulässige Verkaufsfläche von 1200 qm fest.

Wirtschaftlich tragen könnte sich ein solch großer Supermarkt nur, wenn er Kaufkraft aus den umliegenden Orten abzöge. Damit wäre eine neue Runde im Verdrängungswettbewerb im hart umkämpften Lebensmittelmarkt eingeläutet. In Grafrath, Inning, Eching, Türkenfeld, Moorenweis und Schondorf gibt es schon Lebensmittelmärkte mit einer Verkaufsfläche von ca. 800 qm.

## Verkehrsbelastung auf der Hauptstraße ...

## Nicht vergessen:

Landtagswahl am 15. September

Bundestagswahl am 22. September



Es liegt auf der Hand, dass ein solcher Supermarkt zusätzlichen Autoverkehr anzieht. Geplant sind ca. 130 öffentliche Parkplätze. Nur ein kleiner Teil der erwarteten Kundschaft wird - nach Aussage des Investors - mit dem Fahrrad oder zu Fuß einkaufen. Wie schon zu vermuten war, hat sich eine direkte Anbindung an die B471 - wie von einigen Gemeinderäten vorgeschlagen - als nicht genehmigungsfähig erwiesen, sodass weiterhin die Zufahrt über die Hauptstraße erfolgt. Ein entsprechendes Gutachten, das den Gemeinderäten leider noch nicht schriftlich vorliegt, errechnet eine Zunahme des Verkehrs um ca. 70 %. Vorbei an Schule, Kindergarten und Kinderkrippe ist eine solche zusätzliche Verkehrsbelastung auf keinen Fall hinnehmbar.

## Alternativen?

Wir möchten eine Ortsgestaltung, die die Bedürfnisse der GrafratherInnen für ihren Lebensraum und ihre Nahversorgung zum Ausgangspunkt nimmt. Das jetzt geplante Großprojekt geht an den Bedürfnissen der Einwohner Grafraths vorbei.

**Nach einer gut besuchten Veranstaltung zum Thema haben sich einige Interessierte gefunden, die weiter an dem Thema arbeiten wollen und mögliche Alternativen sammeln und prüfen. Weitere Mitwirkende sind jederzeit willkommen! Kontakt: [gruene.grafrath@t-online.de](mailto:gruene.grafrath@t-online.de) .**

### Redaktion:

Anita Schleibner  
Helma Dreher  
Elke Struzena  
Roger Struzena

**Internet:** [www.gruene-grafrath.de](http://www.gruene-grafrath.de)

**eMail:** [gruene.grafrath@t-online.de](mailto:gruene.grafrath@t-online.de)

**Information:** Elke Struzena, Tel. 08144 1592